

Steinbrück lobt Beteiligungsfonds

FRANK MATTHIAS DROST | BERLIN
FINN MAYER-KUCKUK | FRANKFURT

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) hat eine Lanze für Private Equity, für außerbörsliches Beteiligungskapital, gebrochen. „Zu einem leistungsfähigen Finanzstandort gehört eine aktive Private-Equity-Branche. Wir wollen ab 2008 attraktive Rahmenbedingungen für die deutsche Private-Equity-Branche auf den Weg bringen“, sagte Steinbrück auf der Handelsblatt-Jahrestagung „Banken im Umbruch“.

Privates Beteiligungskapital werde in den kommenden Jahren sowohl für den Mittelstand als auch für große Unternehmen noch erheblich an Bedeutung zunehmen. Wagniskapital komme dabei eine besondere Bedeutung zu.

Diese Klarstellung zum Thema Private Equity war seitens des Bundesfinanzministeriums (BMF) nötig. Denn bislang dominieren immer noch die Heuschrecken-Argumente, die Arbeitsminister Franz Müntefering im vergangenen Jahr lanciert hatte. Zudem war nicht klar, ob das Bundeswirtschaftsministerium und das BMF an einem Strang ziehen: Das Wirtschaftsministerium setzt klar auf die Förderung von Beteiligungskapital. Auf der Tagung machte Steinbrück nun deutlich, dass er am Koalitionsvertrag festhalten will. Dieser sieht

vor, das bestehende Gesetz über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften zu einem Standortgesetz für Private Equity auszubauen.

Erklärtes Ziel von Steinbrück ist es auch, den Anteil der Private Public Partnerships (PPP) an der Finanzierung öffentlicher Investitionen zu erhöhen. Machen PPP bislang etwa vier Prozent an den öffentlichen Investitionen aus, so soll dieser Anteil langfristig auf 15 Prozent angehoben werden. Als Vehikel sollen dabei neue „Infrastrukturfonds“ eingeführt werden.



Finanzminister Peer Steinbrück: Private Equity, Reits, Hedge-Fonds – er mag sie alle.

Keinen Zweifel ließ Steinbrück in Frankfurt an seinem Willen, in Deutschland Reits einzuführen, also börsennotierte Immobiliengesellschaften. Diese neue Assetklasse stößt insbesondere bei linken Sozialdemokraten auf Widerstand. „Ich halte die Sorgen für unbegründet“, sagte der Finanzminister. Steinbrück will Wohnimmobilien ausdrücklich einbeziehen, wenn er Reits einführt.

Reits kommen ab 1. Januar 2007

Ziel sei es, das Gesetz bis zum 1.1.2007 durch den Bundestag zu bringen. Gelingt dies nicht, soll es rückwirkend ab diesem Datum gelten.

Voraussetzung für die Einführung sei, dass alle Anleger ihre Gewinne aus Reits zuverlässig besteuerten. Denn eine Steuerpflicht auf der Körperschaftsebene entfällt, da der größte Teil der Gewinne ausgeschüttet wird. „Wir haben ein Modell erarbeitet, das Steuerausfälle vermeidet“, sagte Steinbrück.

Er habe auch keine Berührungsängste mit Hedge-Fonds, sagte der Finanzminister weiter. Diese Anlageklasse erfülle eine wichtige Funktion. Um jedoch international mehr Transparenz in das Verhalten großer Hedge-Fonds zu bringen, spreche er mit seinen Amtskollegen in anderen Industrieländern bereits über einen Vorstoß auf der G7-Finanzminister-Konferenz 2007.